

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteleuropa

Die „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Belegkarte 1,40 Geldmark, durch die Post 1,60 Geldmark und 6 Geldpfennig Zustellgebühr. Schluss der Anzeigen-Nachnahme: zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach folgender Tabelle berechnet: Die Zeile 0,25 Geldmark. Verlagsbüro: Neue Promenade 10 und 11, Postfach 17. Fernsprecher: 4444. Druck-Verlag: „Hallesche Zeitung“, Postfach 17. Druck-Verlag: „Hallesche Zeitung“, Postfach 17. Druck-Verlag: „Hallesche Zeitung“, Postfach 17. Druck-Verlag: „Hallesche Zeitung“, Postfach 17.

Bismard und die Parteien.

Von Dr. Fritz Mittelmann, M. D. R.

Wiederum lenkt der Gedankengang des Reichspräsidenten die Blicke auf den großen Leiter deutscher Vergangenheit zurück, als noch Fürst Bismard am Sturzrand der Zeit stand und alle Welt auf sein staatsmännliches Genie blickte. In dieser Zeit nationaler Not und Sorge gebenden vor mit besonderer Jungheit und Zartheit für den Kaiser, und in Millionen Herzen wird heißes Sehnen nach einem Staatsmann wach, der mit harter Faust und eiserner Energie mit allem Faulen aufzukommen und das Volk einer neuen Zukunft entgegenführt. Wenn man den Parteienwandel von heute betrachtet, das Auseinanderarbeiten aller vielen parteilichen Gruppen und Parteien, unter denen sich der gesunde Sinn der Wähler kaum noch zurückfinden kann, dann schwebt dem glücklichen Auge wohl die große Zeit der Heiligeren und ahnender Jahre vor, als Deutschlands größter Staatsmann so veranlaßt wurde, die verschiedenen Kräfte in einen gemeinsamen, sie alle umwerfenden in seinen Mann zwingenden, und dennoch, so groß die Zeiten auch waren und so wertvoll die Dienste auch sein mochten, die einzelne Parteien dem Führer des Reiches geleistet — man denke nur an die Nationalen, Liberalen, mit denen Fürst Bismard das Reich aufgebaut hat — nicht die Parteien haben die Geschichte jener Jahre gemacht, sondern die Männer, die einzelnen Persönlichkeiten. Ein Bismard, ein Moltke, ein Roon und nicht zu vergessen ein Scherffer wie der Fürst-Kaiser, der die Größe besaß, diese Männer gewähren zu lassen. Wie sehr die Parteien als solche auch schon damals verstanden konnten, das haben sie gerade beim Sturz des Reichspräsidenten mit erschütternder Deutlichkeit bewiesen. In dieser Zeit schiedene unerschütterliche Kräfte, die die Nationen mehr oder weniger verlor, an wem sie verlor, die Nationalen. Das ist die erste Erscheinung nach dem Sturz von Wilhelm II. Ein Bismard, ein Moltke, ein Roon und nicht zu vergessen ein Scherffer wie der Fürst-Kaiser, der die Größe besaß, diese Männer gewähren zu lassen. Wie sehr die Parteien als solche auch schon damals verstanden konnten, das haben sie gerade beim Sturz des Reichspräsidenten mit erschütternder Deutlichkeit bewiesen. In dieser Zeit schiedene unerschütterliche Kräfte, die die Nationen mehr oder weniger verlor, an wem sie verlor, die Nationalen. Das ist die erste Erscheinung nach dem Sturz von Wilhelm II.

Das Urteil im Hitler-Prozess.

Ludendorff freigesprochen / Hitler 5 Jahre Festungshaft.

München, 1. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Vorsitzende des Volksgerichts verkündete am Dienstag vormittag nach 10 Uhr folgendes Urteil im Prozess Hitler und Genossen: Hitler, Weber, Kriebel und Pöchner wegen Verbrechen des Hochverrats 5 Jahre Festungshaft, sowie jeder zur Geldstrafe von 200 Mark, ersatzweise zu je weiteren 20 Tagen Festungshaft. Bräuner, Koch, Frenet, Wagner und Fritsch, jeder wegen des Verbrechens der Beihilfe zu einem Verbrechen des Hochverrats je mit 1 Jahr 3 Monaten Festungshaft, sowie jeder zu einer Geldstrafe von 100 Geldmark, ersatzweise zu je weiteren 10 Tagen Festungshaft, sowie endlich die Vorgenannten zu den Strafen. General Ludendorff wird von der Anklage eines Verbrechens des Hochverrats unter

Ueberschreitung der ausschreibbaren Kosten auf den Staat freigesprochen. Die Haftanordnung gegen Fritsch, Koch und Bräuner wird aufgehoben. Frenet verkündete der Vorsitzende folgenden Gerichtsbeschluss: Den Beurteilten Bräuner, Koch, Frenet, Wagner und Fritsch wird für den Strafteil mit sofortiger Wirksamkeit Bewährungsstrafe je bis 1. April 1928 bewilligt. Den Beurteilten Hitler, Pöchner, Weber und Kriebel wird nach Verbüßung eines weiteren Strafteiles von je sechs Monaten Festungshaft Bewährungsstrafe für den Strafteil in Aussicht genommen. Das Urteil wurde vom Publikum ohne Kundgebung entgegengenommen. Die Beurteilung erfolgte wie die Freisprechung, wie der Vorsitzende mitteilte, mit vier Stimmen.

Poincaré Wahred.

Frankreich, ein Beispiel der Großmut und Güte.

Paris, 31. März. Poincaré verließ heute in der Kammer die Antrittsrede des neuen Kabinetts. Er begann mit einem Hinweis darauf, daß die Regierung aus Politikern verschiedener Richtung zusammengesetzt sei, die zum Teil bei früheren Gelegenheiten gegen ihn selbst gekämpft haben. Wir sind einträchtig, ohne Schwänze die ausmündernde Politik fortzuführen, die von der letzten Regierung geübt wurde und von den beiden Kammern gebilligt wurde. Die Kammerverhandlung geht ihrem Ende entgegen und es ist nicht mehr leicht das Wort zu ergreifen. Anbei müssen zunächst die Budget-Zustände der wiedereröffneten Kassen festgestellt werden. Wir sind gewiss, bis zu dem Augenblick, wo wir regelmäßige Zahlungen von Deutschland erhalten, die Maßnahmen der Reichsregierung unteren Verpflichtungen zur Wiederherstellung unserer Wirtschaft zu verhindern. Wir müssen um jeden Preis verhindern, daß der Feind der Inflation in unsere Finanzen kommt. Poincaré spricht weiter über die extremen Parteien zur Rechten und zur Linken, die er beide ablehnt. Er fährt fort: Die mehrfache Verlängerung der Diktatur, wie wir es in der letzten Zeit gehört haben, wird Frankreich nicht dem Wege der Freiheit entfremden. Die Politik des Poincaré ist die eines einzelnen Mannes, dessen Name ist ab.

ist eine öffentliche Bekämpfung ihres moralischen Sieges über die ihr gegenüberstehenden Gewalten. Ob er sie aufrechtzuerhalten oder nicht — mit seinen Gefährten hat Wilhelm II. sich selbst vor dem Sieger wegen der Sozialdemokratie geschnitten.

bergen. „Die außergewöhnliche Machtstellung Bismards“, hieß es im „Volk“, „hindert den jungen Monarchen nicht mehr, schlaggenähmte Bahnen einzuschlagen... Die neue sozialpolitische Aera beherrscht auch neuer Männer. Die Energie und die Entschlossenheit dieses großen Monarchen sind eine genügende Bürgschaft dafür, daß er der großen Aufgabe der Gegenwart in vollem Maße gerecht werden wird. Daraus heißt unsere Stellung im gegenwärtigen Augenblick. Heil Deutschland und seinem Kaiser!“ Die „Kreuzzeitung“ bemerkt bei der Augenbedingung, die den Kaiser Bismard gegenüber ins Unrecht setzen will, entgegenzusetzen. Bismard allein sei Schuld, wenn seine Wege sich nicht von seinen falscheren Herrn scheidet, dessen Vertrauen er nicht in unangenehm langsame Dessen hat.

Die Entlassung der am Hofe einflussreichsten Partei hat sich bitter an unserm Volke gerächt, denn ohne sie wäre es vielleicht gar nicht in dem Maße zu Bismards Sturz gekommen. Aber man reize den Monarchen um Munde und Land bei dem jungen Monarchen nur zu bereitwilliges Geheiß. Hier zeigte sich bereits in schärfer Weise der Unwille, unter dem wir immer tiefer ins Unglück gerieten, daß gerade die dazu berufenen Männer in der nächsten Umgebung nicht dem Mut und das Rückgrat hatten, dem Kaiser offen und ehrlich ihre wahre Meinung zu sagen. Es würde zu weit führen, die Haltung der Parteien an der Hand des Kommissariats Bismards im einzelnen zu verfolgen. Die obige Feststellung, daß dies nur möglich ist durch Verfolgung einer wahren Volksgemeinschaft, hat der Reichspräsident richtig erkannt und in die Klafflöcher Worte gesagt:

Die Nation ist jenseits, sie allein hat zu sagen, was sie will. Wir haben keinen anderen Gedanken, als unter Frankreich, das wir lieben, so gut zu behüten, wie wir es können. Wir werden aber in unserem Gedanken Frankreich nicht von Europa und Europa nicht von der gesamten Welt trennen. An dem Tage, an dem die Verträge vollständig erfüllt sein werden, an dem wir Reparationen und Sicherungen erhalten, an dem Tage, wo die Gerechtigkeit erfüllt sein wird, wird Frankreich sicher das erste Volk sein, das ein Beispiel der Großmut und Güte gibt. Wenn wir Pfänder gegen einen lärmenden Schuldner ergreifen haben, so darf man daraus nicht lärmigeren Zwangungen gegen uns ziehen.

An den Wänden vor des Fürsten Bismard Sturz jubelten gerade rechtsgerichtete Politiker dem jungen Kaiser zu und lobten mit ihm ein neues Zeitalter anbrechen. Selbst das „Berliner Tageblatt“ stimmte diesen Ehrgeiz ein, indem es zu den bekannten sozialpolitischen Erlassen des Kaisers vom 4. Februar schrieb: „Es ist aber können wir mit Genugtuung vor Europa vernehmen: Deutschland stellt sich mit dieser Rundgebung seines Herrschers an die Spitze der neuen europäischen Zivilisation, und so bildet das kühne und menschenfreundliche Vorgehen Kaiser Wilhelm II. eine herrliche Erläuterung zu den Worten unserer Nationalhymne: „Nicht Reich nach Reiche stehen die Reiche, noch Fürsten nach Fürsten.“ Der alte Fürst erkannte die Gefahr, in die innerpolitisch das Reich unter der falschen Politik im Begriff war hineinzufahren und er hat daher rechtzeitig warnend seine Stimme erhoben. Aber er dabei wieder im Einklang mit im Einklang mit der erwarteten Unterstützung der neuen Herrschaft. Die Sozialdemokratie übernahm das letzte Element der neuen Politik. In der Ministerkonferenz vom 26. Januar ging Fürst Bismard, wie er im dritten Bande seiner „Gedanken und Erinnerungen“ betont, bereitens zu weit, es als einen Übertrag zum Bundesrat zu beschreiben, wenn verantwortliche Minister dem Bundesrat auf Wegen kämen, die sie für staatsgefährlich hielten und das nicht offen sagten, sondern das verfassunsmäßige Verhältnis umkehrten in ein von Kaiser berathenes Staatsministerium. Die Antwort der Ministerkollegen lautete, daß sie doch dem Kaiser etwas nach seinem Wunsch zuzuschreiben müßten.

und in einem anderen Augenblick des selben Klattes heißt es, daß der realpolitische, dynamische Wert der sogenannten kaiserlichen Erlasse in der Diktatur liegt, welche die der sozialdemokratischen Mängel steuert. Die Monarchie der Hohenzollern ist in eine gar veränderte Lage geraten — sie hat ein Programm aufgenommen, dessen Kernstück nur mit Hilfe der Sozialdemokratie möglich ist und dessen Nichtverwirklichung den moralischen und politischen Verfall der Monarchie bedeutet. Die Sozialdemokratie ist Herrin der Situation. Sie kann in dem Spiel, das am 5. Februar d. J. zwischen ihm und dem Kaiser, und unter seine Hände können nur verlieren.“ Fürst Bismard hatte die Sozialdemokratie und die Gefahren, die vom internationalen Marxismus drohen, richtig erkannt und eingeschätzt. Man hörte den Reichspräsidenten aber nicht, sondern jubelte der politischen Weisheit des jungen Monarchen zu. Der Kaiser, der seinen Erlässen vom 9. November 1918 fürstlich ist, weiß, aber nicht glücklich gewesen. Um so erklärlicher ist die Haltung der Sozialdemokratie, insbesondere die der Sozialdemokratie, die den Kaiser damals als „den Mann, der die Politik Bismards zu befehlen und seinen Sturz herbeizuführen.“ Das Bedürfnis der maßgebenden Führer der Sozialdemokratie, so ließ Bismard zwei Jahre später durch die „Hamburger Nachrichten“ verlautbaren, in der Beziehung des Kanzlerhofens einen tiefen Einblick zu gewinnen. In jener Zeit mehr als einmal zutragend. Die Haltung der konservativen Partei beim Auscheiden des Fürsten Bismard aus dem Dienst bewies, daß ihr der Veronesenwechsel kein unwillkommener war.“ Auch die „Konservative“ und „Kreuzzeitung“ machte diesen Bericht auch nur nach außen das hallenlasten Bismards zu verbessern. Sie vermied jede Äußerung über die Kanzlerfrage und erklärte:

„Wenn wir zusammenhalten, werden wir den Teufel aus der Hölle schlagen. Wir müssen zuerst den Landmann, nicht den politischen Gegner zu sein.“ Mühe das deutsche Volk endlich diese Mahnung beachten. Der Wahlkampf bietet trotz des politischen Meinungsstreites hierzu willkommene Gelegenheit.

Frankreich ist und bleibt die große Dienerin der Gerechtigkeit und eine der besten Stützpfeiler des europäischen Friedens (?). Wir haben den lebhaftesten Wunsch, uns so schnell wie möglich mit allen unseren Verbündeten über die amnestierten zu einigen, um ihnen unter Schiedsrichtern: Reparationen und Sicherungen. Wir können die Kooperation aus dem Aufrechterhalten der Beziehungen nach Maßgabe der Zahlungen, die wir erhalten. Wir können nicht politische Pfänder gegen unlösliche Verbindlichkeiten einzuhalten. Wir haben aber die feste Hoffnung, daß nach dem Ende der Zwangsmaßnahmen ausgearbeiteten Verträge eine eventuelle Regelung und eine rasche Liquidation möglich sein wird.

So unterlag Bismard, und die von ihm abgelehnten, aber nicht gebilligten Erlasse, wurden ohne Gegenzeichnung des Reichspräsidenten veröffentlicht. Die Wirkung war anders, als der Fürst erwartet hatte, denn die Sozialdemokratie hielt die Fürstlichen, vollends in der Nacht, und bei den Wahlen vom 20. Februar 1890 war sie in der Lage, ihre Stimmenzahl zu verdoppeln. Aus den 763 000 Stimmen im Jahre 1887 waren 1 427 000 geworden. Die Sozialdemokratie war damit nach dem Wählerstimmen die stärkste Partei im Reichstage geworden. Dieses Ergebnis haben die Erlasse des Kaisers zweifelslos mit heraufgeführt, denn der Sozialdemokratie war es leicht, geföhnt auf die Erlasse, ihre Forderungen und Ansprüche als Partei nachzusetzen. Wie sie dabei das Vorgehen des Kaisers beurteilte, dafür ist besonders kennzeichnend der Aufruf im „Sozialdemokrat“ vom 15. Februar, der die Erlasse als eine „Kapitulation vor der Schmach“ bezeichnete.

„daß wir vor einer Lage stehen, in der den Konservativen, der vor allen Dingen... monarchisch führt, nicht anders übrig bleibt, als zu schwächen und schließlich die Entschädigung seines Kaisers und Königs abzuwarten.“

„Wenn wir zusammenhalten, werden wir den Teufel aus der Hölle schlagen. Wir müssen zuerst den Landmann, nicht den politischen Gegner zu sein.“ Mühe das deutsche Volk endlich diese Mahnung beachten. Der Wahlkampf bietet trotz des politischen Meinungsstreites hierzu willkommene Gelegenheit.

Der französische Ministerpräsident, der mit allen Wässern gewaschen ist, hat sich durch die Kabinettsneubildung voraussichtlich für die Kommerzialisierung etwas bessere Chancen geschaffen, als er sie bisher hatte. Und darauf allein kommt es ihm an, denn er will vor allen Dingen erreichen, daß seine Außenpolitik bei den Wahlen ihre Probe besticht. Wenn er in der inneren Politik aus wirtschaftlichen Gründen eine seine Schwermut nach links vollziehen hat, so ist er in der äußeren Politik vollkommen der alte geblieben. Hier lauten keine programmatischen Forderungen gelten und heute so wie vor sechs Wochen und sechs Monaten: „Reife Hand zu Reife und Reife, dabei gründliche Ausbeute der deutschen Wirtschaftskraft (Kommunismus) und Gewinnung von Gebietsmitteln, die es ihm gestatten, das französische Defizit zu beseitigen. Wie es ihm gelungen soll, all die miteinander unwürdigen Ziele zu erreichen, bleibt ihm Geheimnis. Aber er behält trotz aller schlimmen Erfahrungen darauf, und er wird weiter darauf bestehen, wenn nicht der Versuch der französischen Wahlen zu einer neuen Periode der französischen Außenpolitik überleitet.

Die Sozialdemokratie war damit nach dem Wählerstimmen die stärkste Partei im Reichstage geworden. Dieses Ergebnis haben die Erlasse des Kaisers zweifelslos mit heraufgeführt, denn der Sozialdemokratie war es leicht, geföhnt auf die Erlasse, ihre Forderungen und Ansprüche als Partei nachzusetzen. Wie sie dabei das Vorgehen des Kaisers beurteilte, dafür ist besonders kennzeichnend der Aufruf im „Sozialdemokrat“ vom 15. Februar, der die Erlasse als eine „Kapitulation vor der Schmach“ bezeichnete.

„Wenn wir zusammenhalten, werden wir den Teufel aus der Hölle schlagen. Wir müssen zuerst den Landmann, nicht den politischen Gegner zu sein.“ Mühe das deutsche Volk endlich diese Mahnung beachten. Der Wahlkampf bietet trotz des politischen Meinungsstreites hierzu willkommene Gelegenheit.

„Wenn wir zusammenhalten, werden wir den Teufel aus der Hölle schlagen. Wir müssen zuerst den Landmann, nicht den politischen Gegner zu sein.“ Mühe das deutsche Volk endlich diese Mahnung beachten. Der Wahlkampf bietet trotz des politischen Meinungsstreites hierzu willkommene Gelegenheit.

Die Sozialdemokratie war damit nach dem Wählerstimmen die stärkste Partei im Reichstage geworden. Dieses Ergebnis haben die Erlasse des Kaisers zweifelslos mit heraufgeführt, denn der Sozialdemokratie war es leicht, geföhnt auf die Erlasse, ihre Forderungen und Ansprüche als Partei nachzusetzen. Wie sie dabei das Vorgehen des Kaisers beurteilte, dafür ist besonders kennzeichnend der Aufruf im „Sozialdemokrat“ vom 15. Februar, der die Erlasse als eine „Kapitulation vor der Schmach“ bezeichnete.

Dieses Vorverständnis an die Kaiserliche Arbeiterschaft, wie sie in der deutschen Sozialdemokratie vertreten ist,

„Wenn wir zusammenhalten, werden wir den Teufel aus der Hölle schlagen. Wir müssen zuerst den Landmann, nicht den politischen Gegner zu sein.“ Mühe das deutsche Volk endlich diese Mahnung beachten. Der Wahlkampf bietet trotz des politischen Meinungsstreites hierzu willkommene Gelegenheit.

„Wenn wir zusammenhalten, werden wir den Teufel aus der Hölle schlagen. Wir müssen zuerst den Landmann, nicht den politischen Gegner zu sein.“ Mühe das deutsche Volk endlich diese Mahnung beachten. Der Wahlkampf bietet trotz des politischen Meinungsstreites hierzu willkommene Gelegenheit.

„Wenn wir zusammenhalten, werden wir den Teufel aus der Hölle schlagen. Wir müssen zuerst den Landmann, nicht den politischen Gegner zu sein.“ Mühe das deutsche Volk endlich diese Mahnung beachten. Der Wahlkampf bietet trotz des politischen Meinungsstreites hierzu willkommene Gelegenheit.

